

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abgabepreis: Die beispaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 53

Freitag, den 3. März 1922

13. Jahrgang

## Deutschnationale Waffen.

Theorie und Praxis der Futterkruppenwirtschaft.

Man weiß nicht, ob es Mut oder Dreistigkeit ist, daß die Deutschnationalen es fertig bekommen, die ehemals im kaiserlichen Deutschland betriebene Wetterwirtschaft noch zu verteidigen. Wir haben kürzlich über die Auslassungen des sächsischen Ministers Stipinski berichtet, der in einer Rede im sächsischen Landtag treffende Beweise für die Elitenwirtschaft der Deutschnationalen lieferte. Dabei wurde festgestellt, daß sich die Hälfte der Amtshauptmannschaften in abligen Händen befanden, und daß diese Herren dafür sorgten, daß in die wichtigen Staatsstellungen immer nur Leute aus ihren Kreisen hineinkämen, wenn diese auch von autoritativer Seite als geistig völlig unfähig erklärt wurden. Welche Verhältnisse bei der Berufung zum Amtshauptmann eine Rolle spielten, zeigt eine Notiz, die sich mehrmals in den Personalakten vorfindet: „Da auch seine Frau einen recht angenehmen Eindruck macht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß er ein vortrefflicher Amtshauptmann werden wird.“

Das hiesige deutsche Monarchistenblatt, die „Danziger Allgemeine Zeitung“, bekommt es fertig, diese reaktionäre Elitenwirtschaft zu verteidigen. Das Blatt macht es in der Form, daß es der Sozialdemokratie eine skandalös betriebene Futterkruppenwirtschaft vorwirft. Und als Beweis für diese frivole Behauptung schreibt das Blatt, „daß sich selbst mächtige Begabung bei geeigneter Vorbildung für die entsprechenden Stellen immer noch tausendmal besser eigne als ein Sattler zum Reichspräsidenten, ein Reisender in Spülklosetts zum Kanzler, eine Waschfrau zum Kultusminister und ein Brauer zum Landrat“. Das Blatt der Deutschnationalen Volkspartei hat damit in der Polemik wieder einmal bewiesen, daß die Deutschnationalen zum mindesten kein Recht haben, sich über einen kommunistischen Sauerbraten zu beschweren. Für wie horntot muß das Blatt seine Leser und die Wähler der Deutschnationalen Volkspartei halten, wenn es sich schon darüber eintrifft, daß ein ehemaliger Sattler Reichspräsident wird. Nichts kennzeichnet die Demagogie der Deutschnationalen besser, als die Tatsache, daß bei den kürzlichen Beratungen im Reichstag selbst die Vertreter der Deutschnationalen Partei befanden, daß man gegen die Person des Genossen Ebert nicht das geringste einzuwenden habe, und daß er sein Amt mit großem politischen Geschick und feinem Taktgefühl ausübe. Sicherlich hat Gen. Ebert in der Führung der Reichspräsidentengeschäfte mehr Taktgefühl bewiesen als der letzte Hohenzollernspröß, der durch seine großsprecherischen Reden Deutschland mit der ganzen Welt verfeindete. Ein schon hundertmal widerlegter deutschnationaler Wahlschwundel ist es, unsern Parteivorsitzenden und früheren Reichskanzler Müller als ehemaligen Reisenden in Spülklosetts zu beschimpfen. Gen. Müller hat diese Tätigkeit niemals ausgeübt. Als gelernter Kaufmann ist er aber in seiner Jugend in einem großen chemischen Werk in Sachsen tätig gewesen. Daraus haben dann die Deutschnationalen die obige Beschimpfung gemacht. Es ist aber kennzeichnend für den Dünkel dieser „Volks“partei, daß selbst ein ehemaliger Kaufmann noch nicht für würdig befunden wird, im Staatsleben eine führende Rolle einzunehmen. Für die Deutschnationalen beginnt der große Staatsmann auch jetzt noch immer erst dann, wenn er zum mindesten das Wörtchen „von“ vor seinem Namen sehen kann. Wir sind neugierig, was die deutschnationalen Handlungsgehilfen zu dieser Herabsetzung ihres Standes durch das deutschnationale Blatt sagen werden.

Noch niemals ist der politische Kampf der Parteien mit so niedrigen Mitteln ausgefochten worden, als wie durch die Deutschnationalen. Wenn die „Danziger Allg. Ztg.“ die Strun besitzt, die Verhältnisse unter dem Kaiserreich als bessere zu bezeichnen, so müßten wir zum Schluß nur noch die Ausführungen eines anderen deutschnationalen Organs wiedergeben, und zwar der „Deutschen Tageszeitung“. Dieses Junferblatt schrieb einige Tage nach der Revolution: „Verschwunden ist die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich als schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während des Krieges. Das System ist endgültig verschwunden, darüber darf man sich nicht im Unklaren sein.“

Damit dieses „unfähige System“ völlig aus Deutschland verschwindet, hätten wir nur den Wunsch, daß mit den Reaktionsären in den maßgebenden Stellen noch anders ausgeräumt wird als bisher. Wir wünschen der deutschen Republik nicht die Verhältnisse, wie sie unter der Herrschaft der Deutschnationalen im Freistaat Danzig eingerissen sind. Hier haben es die Deutschnationalen verstanden, alle wichtigen Posten im Freistaat mit ihren Deuten zu besetzen. Als vor einigen Wochen die große Beförderungssaktion der Senatsbeamten erfolgte, war man selbst in bürgerlichen Kreisen darüber höchst ungehalten, daß von dem großen Beförderungsschub in der Hauptsache nur Anhänger der Deutschnationalen betroffen wurden. Wenn das Deutschnationalistenblatt sachlich zu der Frage der Elitenwirtschaft Stellung nehmen wollte, so ist ihm dazu im Freistaat Danzig die beste Gelegenheit gegeben.

## Die Regierungskrise in Polen.

Der polnische Außenminister Strumont hat in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet den Antrag auf ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine Außenpolitik gestellt. Er will seine Reise nach Paris und London erst antreten, wenn ihm das Vertrauen ausgesprochen ist. Am Donnerstag findet eine neue Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, in der die Vertrauensfrage erörtert werden soll. Die innerpolitische Lage ist derzeit verwickelt, daß man nicht übersehen kann, ob das Verlangen des Außenministers nicht den Rücktritt des ganzen Kabinetts zur Folge haben wird. Die Nationaldemokraten verlangen eine endgültige Entscheidung, die ihren Wünschen entsprechend gegen das Kabinett ausfallen soll, wiewohl sie nicht verhehlen, daß die augenblickliche Lage für einen Ministerwechsel sehr wenig günstig ist. Jedenfalls gilt die Stellung des Kabinetts Ponikowski als ziemlich erschüttert, zumal da gegen den Innenminister Downarowicz wie auch gegen den Vorsitzenden des Hauptlandesamts Dr. Ziernik erhebliche Anklagen vorgebracht werden. Der Sejmpräsident hat in seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Ponikowski den Rücktritt beider ausdrücklich verlangt.

## Die neuen Steuerverhandlungen in Berlin.

Den Blättern zufolge wird Reichskanzler Dr. Wirth die Besprechungen mit den Fraktionsführern über das Steuerkompromiß bereits heute wieder aufnehmen. Wie die „Zeit“ mitteilt, hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bisher noch keine Einladung zur Teilnahme an den Besprechungen erhalten. Das Blatt bemerkt weiter, daß die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an den Verhandlungen nur dann in Frage komme, wenn sie nicht nur von der Regierung, sondern von der gesamten Regierungscoalition ausdrücklich gewünscht wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern Abend mit dem Steuerkompromiß. Anlaß zu diesen Besprechungen habe das Verhalten einzelner Mitglieder der Deutschen Volkspartei gegeben, die in den Steuerabschlüssen den Anschein erweckt haben, als ob das Kompromiß für ihre Fraktion keine Geltung mehr habe. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses wurden von der Fraktion beauftragt, heute von der Volkspartei eine Erklärung über ihre Stellungnahme zum Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verneinen, dann wären selbstverständlich auch für die Sozialdemokratie alle bisherigen Vereinbarungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Heute beginnen die Beratungen im Reichsfinanzministerium mit den Sachverständigen der Banken, der Industrie und des Handels über die Ausgestaltung der Zwangsanleihe.

## Kommunisten für indirekte Steuern.

Unlängst fand in Moskau eine Finanzkonferenz statt. Das Mitglied des Kollegiums des Finanz-

kommissariats D. Schmitz hielt einen Vortrag über die im Jahre 1922 zu erwartenden Steuereinnahmen, dem wir nach der „Ostrop. Wirtschafts-Ztg.“ folgendes entnehmen: Von einer Einkommensteuer könne mangels eines geeigneten Apparats keine Rede sein. Eine Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern sei müßig. Das Hauptaugenmerk müsse nach Ansicht des Kollegiums des Finanzkommissariats gemäß dem von der kommunistischen Partei und dem Sowjetkongress gegebenen Direktiven auf die indirekten Steuern gerichtet werden. Die Gewerbesteuern werden weiter ausgebaut. Es sollen folgende Steuererträge erzielt werden: Gewerbesteuer 38 Millionen, Stempelsteuer 22 Millionen, Steuer auf Blumen- und Gemüsegärten 3 Millionen, Luftverkehr- und Zugsteuer 6 Millionen, andere Steuern 12 Millionen, zusammen 81 Millionen Goldrubel. Von den indirekten Steuern sind folgende zu erwähnen: Tabak- und Zigarettensteuern 28 Millionen, Steuer auf Zündhölzchen, Weine, Mineralwasser, Tee, Erbsen 7 Millionen, Akzise auf Salz 18 Millionen, Zuckersteuer 1 Million, Steuer auf Naphtha, Petroleum, Schmirzelle 20 Millionen, sonstige kleine Steuern 7 Millionen, alles in Goldrubeln.

## Keine Offensivkriegsvorbereitungen.

Durch W. T. B. wird amtlich gemeldet: Eine Telegraphenagentur verbreitet Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré über die deutsche Artillerieschießvorschrift, die nach seiner dort wiedergegebenen Behauptung den Offensivkrieg in begehrteter Weise rühmt. Die Artillerieschießvorschrift auf die der Präsident Bezug nimmt, hat selbstverständlich die Aufgabe, die Truppen auf den Kampf vorzubereiten. Daß dabei von einem Offensivkrieg mit keinem Wort die Rede ist und daß an einen solchen niemals gedacht worden ist, versteht sich von selbst. Wenn einmal in der Vorschrift von der Vorbereitung auf den Krieg gesprochen wird, so hat das Reichsministerium den Fall im Auge gehabt, daß Deutschland durch einen feindlichen Einfall oder durch den Uebertritt fremder Truppen, wie seinerzeit in Ostpreußen, vor die notwendige kriegerische Defensive gestellt wird. Eine solche ist auch durch den Vertrag von Versailles nicht untersagt.

## Ubrüstung?

Durch die Presse geht eine sonderbare Nachricht. Der japanische Kriegsminister, heißt es, sei mit dem Vorschlag vor die Öffentlichkeit getreten, das japanische Landheer um 65 000 Mann zu verringern. Das Abkommen von Washington nötigt Japan nun, einen Teil seiner Großkampfschiffe abzubauen und in den nächsten 10 Jahren keine neuen Schlachtschiffe auf Stapel zu legen. Der Beschluß der japanischen Regierung bedeutet also einen freiwilligen Verzicht. Am feilkamsten an dieser ganzen Geschichte ist es aber, daß die Anregung von einem Kriegsminister ausgeht, dessen Aufgabe doch eigentlich das Gegenteil wäre. Handelt es sich hier um ein orientalisches Märchen? Um einen Witz nach Art jener, wie man sie so gern Amerika unterrichtet? Wir glauben nicht. In Japan führen friedliche Staatsmänner die Geschäfte, friedlich im guten Sinne des Wortes. Ohne diese Bestimmung hätte die Konferenz von Washington kein positives Resultat erzielen können. Flottenabrüstung, Rückgabe Kiautschou an China, und Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Reich des Drachen, das sind Taten, die ohne einen Glauben an Pazifismus nicht möglich sind. Immerhin, es waren Taten, bei denen man einen gewissen Zwang voraussehen konnte. Anders die Ubrüstung des Landheeres. Und auch sie ist nur Glied in einer Kette, deren Triebfeder die Abkehr vom Militarismus ist. Nach den Vorschriften des japanischen Kaiserhauses galt bisher für die kaiserlichen Prinzen der Offiziersberuf als der einzig statthafte. Auch diese Bestimmung ist letztlich fallen gelassen worden. In Zukunft stehen den kaiserlichen Prinzen alle Berufe offen, unter denen sie nach Quibänken und Neigung wählen dürfen. Wenn man berücksichtigt, wie stark Japan an seinen Traditionen hängt und als ein wie unantastbarer Bereich dort die Sitten und Gebräuche des Hofes gelten, dann muß man auch hier mehr als eine Kennerlichkeit erblicken. Stellt man diese Tatsachen nebeneinander, dann ist es schwer zu glauben, daß es Japan nicht ernst mit seiner Ubrüstung meint.

In England ist augenblicklich ein Kampf um das Sparprogramm des Herrn Veeds entbrannt. Das Programm hat eine tiefere Bedeutung, als die einer Sparmaßnahme. Man

... mit dem ...

Die standnahe Staaten haben für den Monat März eine Dreikänder-Zusammenkunft verabredet, die dem Problem der Abrüstung gewidmet sein soll.

Wir sehen, der Abrüstungsgedanke macht Fortschritte und wird nicht nur ernsthaft debattiert, sondern ist auch Ausgangspunkt praktischer Bestrebungen.

Man kann nicht umhin anzuerkennen, daß Paris der geeignete Ort für Abrüstungsarbeiten ist.

Die tschechoslowakische Regierung und ihr Außenminister Beneš, die sich als verantwortliche Mittelpunkte Mitteleuropas fühlen, und um seine Gesundheit so tief besorgt sind, würden sich ein europäisches Verdienst erwerben, wenn sie Frankreich mit gutem Beispiel voranzugingen.

Genug des Wuchers!

Im demokratischen „Berliner Tageblatt“ schreibt Paul Michaels:

Der Stoff zu „Des Esels Schatten“.

Dr. Ludwig Fulda-Berlin.\*

Die Geschichte vom Prozeß um des Esels Schatten gehört zu jenen Fabeln, die sich unverwundlich durch die Weltliteratur hinziehen, zeitweilig nur verschwindend, um in erneuter Gestalt wieder aufzulauchen.

\* Der Dichter liest am Sonntag vormittag in der Morgenfeier aus eigenen Werken.

... mit 1000 Mark ...

Solche Zahlen mögen phantastisch erscheinen, aber man muß sich erinnern, daß im letzten Herbst die Kartoffeln von spekulativen Händlern mit 60 bis 70 Mk. für den Zentner aufgekauft, und daß damals solche Preise für unmöglich angesehen wurden.

Die Sozialdemokratie fordert Maßnahmen gegen den Wucher.

Dr. Kautsky beauftragte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Vorstand, beim Reichskanzler Dr. Brüning unverzüglich wegen der sehr betrüblichen neuen Preissteigerungen des Brotgetreides vorstellig zu werden.

Kautsky über Koalitionspolitik.

Karl Kautsky arbeitet an einem noch nicht vollendeten Buch über sozialistische Streitfragen unserer Zeit, aus dem die „Freiheit“ ein Kapitel über Koalitionspolitik bereits abgedruckt in der Lage ist.

„Wohl aber finden wir den Weg zu dem Ziel, in der einleitenden Phase der proletarischen. Ehe das Proletariat so weit ist, daß es für sich allein die politische Herrschaft zu gewinnen vermag, muß es einen Zustand durchmachen, in dem es wohl noch nicht zu herrschen vermag, aber doch schon zu stark ist, als daß irgendeine der bürgerlichen Klassen ihre Herrschaft im Gegensatz zum Proletariat behaupten könnte.“

In diesem Stadium würde durch das Streben nach einer reinen Klassenregierung jede geordnete Staatsverwaltung und damit auch ein gedeihliches bürgerliches Leben ganz unmöglich.

Jedenfalls besäßen die Abderiten begründete Anwartschaft darauf, in Deutschland nicht minder vollständig zu sein als dazumal in ihrem Vaterlande.

Seine „Geschichte der Abderiten“ hat Wieland zwar aus dem Vorn einer Erfindung bereichert, aber doch der Hauptsache nach aus antiken Quellen geschöpft.

Indem nun ich übernahm, den uraltten Stoff dramatisch zu behandeln und zu dem übrigegebliebenen Titel des Archippos sein verlorengegangenes Stück neu zu verfassen, habe ich mich auf Wielands Dichtung nur insoweit gestützt, als ich seinen ersten und vierten Buche die Grundmotive entlehnte.

Unter diesen Umständen bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder überläßt man Partei unter sich selbst, oder man überläßt sie mindestens einer der politischen Parteien.

Ob es eine Regierung deshalb unterlasse, weil sie unter den gegebenen Umständen die Sache ist, aber ablehne, an den Koalitionspolitiken teilzunehmen und auf sie einzugehen, oder ob es in diese Regierung einträte und ihre Bestimmung direkt bestimme, kann mitunter taktisch einen großen Unterschied machen, nicht aber grundsätzlichen.

Die Folgerungen hieraus auf die jetzige Politik der USV, ergeben sich von selber. Schließlich widerlegt Kautsky Anschauungen des österreichischen Genossen Otto Bauer, der mit sehr spitzfindigen Unterscheidungen die Koalition der österreichischen Sozialdemokratie mit den christlichsozialen verbietet, klagend die Koalitionspolitik der deutschen Sozialdemokratie vertritt.

Internationale Kriegsbeschädigtenkonferenz.

Gestern traten unter Vorsitz von Albert Thomas im internationalen Arbeitsamt sechs Sachverständige der Kriegsbeschädigtenverbände und vier Sachverständige der deutschen, französischen, englischen und italienischen amtlichen Fürsorgestellen, zu einer Konferenz über die Kriegsbeschädigtenorganisationen zusammen.

Neutralisierung der baltischen Staaten.

Sämtliche baltischen Staaten haben sich entschlossen, sich auf der Konferenz von Genä gemeinsam zu vertreten zu lassen und ihre Neutralisierung zu fordern.

Bernurteilung eines Berleumbers.

Die Strafkammer verurteilte den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“ v. Schilling, der in einem Artikel über den Kahrnschen Vertrag mit den Deutschen Wertes von einem Panama der Sozialdemokratie gesprochen und dabei den Vizekanzler Bauer, den Reichsminister a. D. Wisfoll und den Reichstagsabgeordneten Hoch beschuldigt hatte, wegen Beleidigung zu 20 000 Mark Geldstrafe.

Hafenarbeiterstreik in Stettin.

Die Hafenarbeiter Stettins sind gestern nachmittag in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohn-erhöhung von 60 Prozent.

Die Fremdherrschaft am Rhein. Nachdem die belgische Besatzung in Krefeld bereits 742 Wohnungen mit zusammen 2208 Räumen beschlagnahmt hat und ferner 72 Wohnungen mit zusammen 250 Räumen zur jederzeitigen Verfügung der Besatzungsbehörde stehen müssen, verlangt diese nunmehr noch den Bau von weiteren 300 Wohnungen für die Unterbringung von Besatzungstruppen.

Sprachform ins Poetische zurückzuführen, in dem Geist, den uns die attische Komödie gewiesen hat.

Urania-Abende der Volkshochschule Danzig.

Die nächsten Urania-Abende der Volkshochschule finden vom 8. bis 10. März statt. Das diesmalige Programm bringt den erstklassigen Lehrhaften, Usa-Kulturfilm „Aus der afrikanischen Wildnis“ mit erläuterndem Vortrag von Professor Dr. Lampe sowie den erstklassigen künstlerischen Großfilm der Decca Hofkop Gesellschaft „Das Kabinett des Dr. Caligari“ mit künstlerischer Musikbegleitung.

Der Film „Aus der afrikanischen Wildnis“ ist von dem Afrikaner Robert Schumann in Deutsch-Ostafrika aufgenommen worden. Der Deutscher wegen sind dazwischen Großaufnahmen aus dem Berliner Zoologischen Garten eingestreut, die instruktive Vergleiche ermbalgen. Der Film führt dem Zuschauer eine Fülle spannender, gelegentlich geradezu aufregender Szenen, halb erster, halb beinaheglicher Art, vor Augen.

Der Caligari-Film ist insbesondere deshalb interessant, weil er den Beweis liefert, daß Kunst im Film möglich ist. Mit diesem phantastischen Film, der ein Erlebnis bedeutet, beginnt ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des Films.

# Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 53

Freitag, den 3. März 1922

13. Jahrgang

## Entwurf zum Programm der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig.

Nachstehend veröffentlichen wir den Entwurf für das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig, wie er von der auf dem letzten Parteitag eingesetzten Kommission aufgestellt und vom Parteiausschuss angenommen worden ist. Die endgültige Beratung und Beschlussfassung soll auf dem nächsten Parteitag, der voraussichtlich im Herbst stattfinden wird, erfolgen. Wir bitten die Parteimitglieder, den Entwurf sorgfältig aufzubewahren und in den Mitgliederversammlungen dazu Stellung zu nehmen. Änderungsanträge können nach erfolgter Ausschreibung des Parteitages bei uns eingereicht werden.

Mit Parteigruß  
Der Landesvorstand.

Die Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamer Erkenntnis und Zielen, zur Kampfgenossenschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in hilflose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Ueberflusse lebenden Minderheit weite Schichten entgegengesetzt, die in Not und Elend verkommen. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur ständigen Forderung gemacht.

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensverträge haben diesen Prozess noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, Reichtum und Arbeit erweitert. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Ungleichheiten und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Während rücksichtsloses Gewinnstreben eine neue Bourgeoisie von Kriegserzeugnissen und Spekulationen emporhob, sanken kleine und mittlere Besitzer, Gewerbetreibende, Scharen geistlicher Arbeiter, Beamte, Angestellte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer, Angehörige aller Art der freien Berufe zu proletarischen Lebensbedingungen hinab. Korruption des öffentlichen Lebens, wachsende Abhängigkeit der bürgerlichen Presse von übermächtigen Wirtschaftsdiktatoren, die auf diese Weise den Staat unter ihre Vormachtigkeit zu bringen versuchen, sind unausbleibliche Folgen.

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unerbittliche Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme durch die geltenden Friedensverträge die Gefahr neuer blutiger Konflikte heraufbeschworen, die den Zusammenbruch der menschlichen Kultur herbeiführen drohen.

Die Auswirkungen und Gefahren der geltenden Gesellschaftsordnung werden im gesteigerten Maße fühlbar in einem lediglich als Mittel kapitalistischer Ausbeutung geschaffenen unnatürlichen Kleinstaatgebilde, wie es die Freie Stadt Danzig ist.

Zugleich hat der Weltkrieg morsche Herrschaftssysteme hinweggefegt. Politische Umwälzungen haben den Völkern die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarzte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle, opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenbruch des Proletariats, durch Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor neuer kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Diesem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Massen zu einem bewussten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz und zum Ausbau der erzwungenen Freiheit das Beste einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unumwiderrlich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinnsinns. Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionskräfte zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinnschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig in engem Anschluß an diejenige Deutschlands ihr im Ersten Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die folgenden Forderungen:

### Wirtschaftspolitik.

Grund und Boden, die Bodenschätze, sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu "verfassen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die ungenügende Bewirtschaftung oder gänzliches Unbenutzlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verwässerung zu privaten Nutzwecken. Staatliche Be-

aufsichtigung und Förderung des Wohnungswesens, Kontrolle des Staates über den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschrittlicher Ausbau der Betriebe des Staates und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bürokratisierung. Verstaatlichung des Transportwesens. Förderung der nicht auf Profite gerichteten Genossenschaften. Bekämpfung des Wuchers. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

### Sozialpolitik.

Einheitliches Arbeitsrecht in Anlehnung an das deutsche. Sicherung des Koalitionsrechts. Wirksamer Arbeiterschutz: Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit. Neueste Einschränkung der Nachtarbeit für Männer. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen. Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 12 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und ihrer Aushebung, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schädigung der Heimarbeit möglich ist. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Auf diesen Grundlagen Förderung der internationalen Arbeiterschutzes. Ausbau der hygienischen Fürsorge. Unerlässliches Beschäftigungsrecht. Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb. Sicherung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten und Angestellten.

Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

### Finanzen.

Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werdenden Kapitals. Erbrecht des Staates bei entfernteren Verwandtschaftsgraden. Pflichtteil des Staates, abgeleitet nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verwerflichen Ueberverbrauchs. Beseitigung der öffentlichen Gewalttaten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

### Verfassung und Verwaltung.

Freiheitliche Umgestaltung der Danziger Verfassung im Sinne der demokratischen Republik unter Ersetzung der jetzigen Beamtene Regierung durch eine Volksregierung. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungsförnern geeicht organisierten Gemeindeverbände. Ueberordnung der demokratischen Volksvertretung über die berufständischen Organisationen. Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft und der Religion.

### Gemeindepolitik.

Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land, sowie eines einheitlichen Gemeindevertreterkörpers. Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit. Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunalvereine. Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde, Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane. Staatliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung.

### Rechtspflege.

Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollständige Gesetzesprache. Zusammenziehung des Richterstandes aus allen Volksschichten, Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges im sozialistischen Geiste.

Verufung in Strafsachen, Gesetzliche Regelung des Strafvollzugs, Schul- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe.

### Kultur und Schulpolitik.

Wahrung der deutschen Sprache und Kultur in der Freien Stadt Danzig; Aufrechterhaltung enger kultureller Beziehungen zum Mutterlande.

Freies Recht eigener kultureller Entwicklung für die polnische Minderheit.

Recht aller Volksgenossen an den Kulturgütern. Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft.

Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache; Trennung von Staat und Kirche.

Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den Schulen.

Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Mitarbeit pädagogisch hervorragend begabter Eltern, verantwortliche Mitwirkung der Eltern an der Schulerziehung und Schulaufsicht durch Elternräte.

Erziehung des heranwachsenden Menschen in der Familie, in der Schule und der freien Jugendbewegung zum bewußten Mitglied der sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft, zu den Idealen der Republik, der sozialen Pflichterfüllung und des Weltfriedens.

Jugendhilfe, beginnend mit dem werdenden Kind und endend mit dem Eintritt der Volljährigkeit, als selbständiges, öffentliches Arbeitsgebiet mit eigenen koordinierten Organen.

Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen als freie Arbeitsgemeinschaften zum Aufbau einer lebendigen Volkskultur.

### Völkerbeziehungen und Internationale.

Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens.

Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entschärfung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten. Beseitigung des Paktzwanges und aller sonstigen Verkehrserschwerungen zwischen den Völkern.

Friedliches und verhältnismäßiges Zusammenleben der Freien Stadt Danzig mit der benachbarten polnischen Republik unter entschiedener Wahrung der Danziger Freiheiten und Rechte. Revision des Friedensvertrages von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterungen und Anerkennung der nationalen Lebensrechte.

## Danziger Nachrichten.

### Eine Stadtverordnetenversammlung

findet am Dienstag, den 7. März 1922, nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen u. a.: Einsetzung eines Ausschusses zur Festlegung der Mietwerte für die Wohnungsbauabgaben, Kanal- und Müllabfuhrgebühr und Wahl von Mitgliedern. — Wahl von Schiedsmännern, Armen- und Waisenvorgern. Entlastung von Jahresrechnungen. — Uebernahme der Sitzungen des städt. Krankenhauses. — Sitzung über die Erhebung von Gemeindezuschlägen zur Zuwachsteuer. — Uebernahme des alten Zeughauses in die städtische Grundbesitzverwaltung. — Förderung des Wohnungsbaus. — Bewilligung von 50 Millionen Mark zur weiteren Beschaffung von Wohnungen. — Bau einer 1500-Volt-Leitungsstrecke nach Langfuhr. — Erhöhung der Kanalgebühren. — Anfragen von Stadtverordneten betr. a) eines Landesbeamten, b) des früheren Gouvernementsgärtens auf Langgarten. — Anträge von Stadtverordneten betr. a) Inbetriebnahme der Straßenbahnlinie Danzig-Hauptbahnhof-Werdort, b) Erstellung von Mietwohnungen pp. zur Unterbringung von Mietern, c) Entwässerung der Stadt. Wiesen.

### Die letzte Stange Eisen...

#### Rahn als Ankläger vor Gericht.

Am 12. Dezember v. Js. wurde der Sozialist Schmidt von der Danziger Werk vom Schöffengericht wegen Verleumdung des Kaufmanns Wilhelm Rahn um 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen das Urteil in Verneinung eingelegt worden. Die Anklage war vom Staatsanwalt erhoben worden; Rahn als Nebenkläger zugelassen. Ursache der Anklage war ein Schriftstück, das nach dem Ueberhand Schmitts angefertigt ist. In dem Schriftstück wird erklärt, daß Rahn sich vor den Arbeitern der Reichswerke hinter Rücken versteckt habe, ferner bei Verladung der Waren Schiedlungen versuchte, und Schmidt gegenüber Worte gebraucht habe, die als Bestechungsversuche anzusehen sind.

Gestern morgen fand vor der Strafkammer die Verurteilungsverhandlung statt, die vier Stunden dauerte. Schmidt schilderte das Zustandekommen des Schreibens. Die Anklagen seien schon bekannt gewesen und auf Veranlassung des Senators Jemelowski schriftlich niedergelegt worden. Schmidt erklärt, daß die Angaben des Schriftstückes wahr sind und aufrecht erhalten werden.

Nebenkläger Rahn erklärte in eidlicher Aussage, daß er von vornherein Anweisung gegeben habe, Gegenstände, die von den Arbeitern der Werk gebraucht werden könnten, an diese abzugeben. Die Angaben Schmidts seien unwahr. Rahn erklärt, daß er niemals bedroht worden ist und daß er auch nie in einem Schuppen auf dem Holm gewesen sei, vor dem sich erregte Arbeitermassen befanden hätten. Rahn bleibt auch dabei, als ihm vom Vorsitzenden die entgegen-gesetzten Zeugenaussagen in der Vorverhandlung vorgehalten werden.

Schmidt stellt fest, daß die Verkäufe an die Arbeiter erst nach den Unruhen erfolgten. Den als Zeugen geladenen Expedienten Scheffler und Cicero ist nicht bekannt, daß Rahn sich hinter Rücken versteckt hat, auch sind ihnen von Rahn begangene Unregelmäßigkeiten nicht bekannt.

Der Zeuge Kaufmann erklärt über die Erregung der Arbeiterklasse über den Abtransport der Waren, und schilderte dann den Vorfall auf dem Holm, wo eine große Menge Arbeiter unter Drohungen gegen Rahn den Schuppen fürmen wollten. R. erklärte auf das Bestimmteste, daß Rahn im Schuppen anwesend war und hatte den Eindruck, daß dieser sich versteckte.

Die dem Senats Bericht wird erzählt, daß die ...

Abg. Karschewski befindet, daß gegen ...

Wahm erwiderte, daß die Lager bereits ...

Abg. Karschewski beauftragt, daß alle ...

Zeuge Tolarski war bei dem Sturm auf ...

Zeuge Stierke hatte ebenfalls die ...

Vom Vorsitzenden gefragt, erklärt ...

Der als Zeuge vernommene ...

Die Vernehmlichkeitsurteile ...

Das Reichsgericht sprach nach ...

Altoa. Zusammengeführt in der ...

Boppot. Zwei gefährliche Hochstapler ...

Trajan. Die Amtsvorstehergeschäfte ...

Aus dem Osten.

Marienburg. Eine kommunistisch ...

Kolberg. Eispfengung. Die vor ...

Kolberg. Wildweh in Ostpreußen. ...

Stettin. Die geführte Fahnenweibe. ...

Stettin. Deutsch-italienische ...

und wartete, bis das junge Ehepaar ...

Polen. Zeitungspresse. Donnerstag ...

Aus aller Welt.

Selbstmord Gruppen.

Der wegen des Kleppendorfer Doppelmordes ...

Ueberschwemmungen im Schwarzwald. ...

Rettingsaktionen im schlesischen ...

Eisbären im Riesengebirge. Das ...

Giftige Gase als Hinrichtungsmittel. ...

Ich bin das Schwert!

Roman von Hannes von Mathias.

(Fortsetzung.)

Aber hätte er sich überzeugen lassen? ...

Als Türmer am Abend kam, wahrscheinlich ...

Warum haben Sie mich nicht einmal ...

Sollte ich ihm sagen: Weil ich keine ...

Nein, ich schwieg. Zwischen uns stand ...

Ja, was sag ich nun an, mit der ...

Aber bereits lebte ich all mein ...

die Niederungen der Leidenschaft geführt, ...

So legte ich denn meine Hände auf ...

Wir fuhren ins Freie und sprachen ...

Türmer las mir aus Goethes ...

„Trunken müssen wir alle sein! ...

Ja, ich wollte meiner Jugend vertrauen, ...

An viel Bewegung in frischer Luft, ...

Mit Lisette reiste ich in ein ...

Schon wurde die Luft herblich klar ...

Ich fange, wie der Vogel singt, ...

Wo habt ihr euren Thron, ihr ...

Nach langer, böser Zeit der inneren ...

„Trunken müssen wir alle sein —“

Es war, als hätte dieser Vers mich ...

„Die goldne Kette gib mir nicht, ...

Ich fange, wie der Vogel singt, ...

Wo habt ihr euren Thron, ihr ...

„Die goldne Kette gib mir nicht, ...

Ich fange, wie der Vogel singt, ...

Wo habt ihr euren Thron, ihr ...

„Die goldne Kette gib mir nicht, ...

Ich fange, wie der Vogel singt, ...

# Danziger Nachrichten.

## Zur Förderung des Wohnungsbaues

beantragt der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von weiteren 50 Millionen Mark aus Anleiheemitteln. Nach dem Gesetz über Ausgaben zum Wohnungsbau vom 15. Juli 1921 stehen der Stadtgemeinde Mittel zu, die ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues und zu Siedlungszielen zu verwenden sind. Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 6. September 1921 sind bereits für die gleichen Zwecke 30 Millionen Mark bewilligt. Nach den vorläufigen Schätzungen des Statistikkommitees aus dem Gesetz über Ausgaben zum Wohnungsbau lassen sich die bereits bewilligten und die angeforderten Mittel in Höhe von zusammen 80 Millionen und 50 Millionen gleich 130 Millionen Mark veranschlagen und tilgen.

Aus diesen Mitteln sollen 410 Wohnungen hergestellt werden und hat der Senat folgenden Bauplan dafür aufgestellt:

**Auf Rechnung der Stadtgemeinde:** 60 Wohnungen von Küche und Kammer in einem fünfgeschossigen Hause auf dem Gelände des Spend- und Waffenhauses je 100 000 Mk. = 6 000 000 Mk. 120 Zweizimmerwohnungen am Bräsenweg, Langfuhr, in dreigeschossigen Häusern, je 125 000 Mk. = 15 000 000 Mk. 12 Dreizimmerwohnungen am Königsstaler Weg in Langfuhr in 3 dreigeschossigen Häusern, je 125 000 Mk. = 1 500 000 Mk. 50 Zweizimmerwohnungen auf Birkentberg in 26 Doppelhäusern, je 150 000 Mk. = 7 500 000 Mk. 7 Zweizimmerwohnungen im Wege des Umbaus des Warmbades und der sogenannten Kuischerneipe im Bräsen, zus. 500 000 Mk. Für Erdarbeiten auf Birkentberg und am Königsstaler Weg zur Erschließung weiterer baureifen Geländes, für Straßenausbauten, für Unterhaltung und Auffüllung des Baustofflagers und für Verschönerung 4 880 000 Mk.

Zusätze an Genossenschaften, Verbände und Einzelpersonen. 140 Wohnungen verschiedener Größe. Verteilung von Wohlfahrtsdarlehen nach Maßgabe der vom Senat erlassenen Bestimmungen, 14 000 000 Mk.

Notwohnungen. Für die Heranziehung von Notwohnungen in Baracken und anderen geeigneten erscheinenden Räumlichkeiten von besonderen Nachweis, schätzungsweise 21 Wohnungen, 1 000 000 Mk.

Als Baustoffe für die in städtischer Verwaltung zu errichtenden Bauten sollen, soweit Regelsteine zu angemessenen Bedingungen nicht erhältlich sind, Schlackensteine, Kalksandsteine und dergl. benutzt werden. Für die Fundamente ist unter anderem die Verwendung von Holzaschwert geplant.

## Die Krankenhaustkosten für Einheimische.

Die Verhandlungen über den Antrag des Senats betreffend Änderungen der Satzungen des städtischen Krankenhauses sind in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. 1. vertagt worden, um dem Verwaltungsausschuß des städtischen Krankenhauses Gelegenheit zur nochmaligen Beratung über die in der Versammlung gestellten Anträge zu geben. Der Verwaltungsausschuß hat folgende Änderungen vorgeschlagen gemacht: a) Die Kosten der 8. Klasse für einheimische Selbstzahler, für Heilgäste, Krankenpfleger, Erwachsene und für übrige Fälle, einheimische Erwachsene, werden statt auf 25 Mk. auf täglich 30 Mk. festgesetzt. b) Die Einkommensgrenze bei Ermäßigungen in der 8. Klasse wird von 15 000 Mk. auf 25 000 Mk. erhöht. Der Ausschuß empfiehlt die Annahme der so geänderten Vorlage.

## Nachwehen der kommunistischen Unruhen am Bahnhof.

Am 11. April 1919 ist bei den Unruhen auf dem Bahnhofplatz der Postausstatter und Schuhmachermeister Johannes Werner aus Danzig durch einen Schuß getötet worden. Die Witwe und die vier minderjährigen Kinder machten die Stadt für den ihnen durch den Tod des Ernährers erwachsenen Schaden haftbar. Nach Ablehnung ihrer Ansprüche erhoben sie Klage. Der Anspruch ist vom Landgericht dem Grunde nach für gerechtfertigt anerkannt worden; die gegen diesen Urteil eingelegte Berufung wurde vom Obergericht verworfen.

Über die Höhe der Ansprüche ist mit den Klägern nachstehender Vergleich geschlossen worden:

1. Die Stadt zahlt an die Kläger a) die Begräbniskosten in Höhe von 822,80 Mk., b) an die Witwe Dittlie Werner eine Rente vom 11. April 1919 bis zum 10. April 1921, längstens aber bis zu ihrem Tode, von monatlich 72 Mk. und einen veränderlichen Zuschlag, der der jeweiligen Lohnsteigerung entspricht, c) an die vier minderjährigen Geschwister Werner je unter denselben Bedingungen eine Rente von monatlich je 18 Mk. und den jeweiligen Zuschlag bis zum vollendeten 16. Lebensjahre.

Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung die Genehmigung des Vergleichs.

## Die Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten u. Anwärter.

übermittelt uns zu unserem Bericht über ihre damalige Protestversammlung gegen die Presse anlässlich des Eisenbahnerstreiks nachträglich eine „Berichtigung“, die wir kopierweise unsern Lesern nicht vorenthalten wollen, obwohl es sich nur um ziemlich bedeutungslose Meinungsunterschiede handelt. Es heißt darin:

Die Protestversammlung hatte der Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter im Gebiet der Freien Stadt Danzig einberufen und nicht die Leitung der Reichsgewerkschaft. Die Gewerkschaft ist nach ihren Satzungen parteipolitisch und religiös vollkommen neutral, daher auch keine bürgerliche Gewerkschaft. Bei der Mitgliedsaufnahme werden die sich Meldenden nicht nach ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung befragt; daraus ergibt sich, daß die Mitglieder allen politischen Parteien angehören. Durch die Bezeichnung „Bürgerliche Gewerkschaft“ könnte der Eindruck erweckt werden, daß sie eine Gewerkschaft der bürgerlichen und politischen Parteien sei. Dies trifft nicht zu. Auch die Nichterteilung des Wortes an den unabhängigen Volkstagsabgeordneten Mau kann nicht zu der Auffassung und Bezeichnung, daß wir eine bürgerliche Gewerkschaft seien, führen. Zu der von uns einberufenen Protestversammlung sind nur die führenden Danziger Zeitungen, die gegen den Streik der Eisenbahnbeamten Stellung genommen haben, eingeladen worden. Die Gewerkschaft hatte allerdings keinen Grund, sich gegen Ihre Zeitung zu wenden, wie auch Sie, wie Sie zugeben, keine Veranlassung hatten, sich einer solchen Aussprache zu entziehen.

Wenn wir damals die Haltung der Reichsgewerkschaft als Gegenpart der Versammlung angesehen hätten, so haben wir uns die gleiche Erklärung der Gewerkschaft darunter vorbehalten. Die zweite „Berichtigung“, daß die „Gewerkschaft“ keine bürgerliche ist, können wir dagegen nicht anerkennen. Selbst wenn die Reichsgewerkschaft religiös und parteipolitisch einen neutralen Standpunkt einnimmt, bewegt sie sich in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit doch in vollkommenen bürgerlichen Gedankengängen, was schon dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie den modernen Arbeiter-Gewerkschaften durchaus ablehnend gegenübersteht und die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge negiert. Solange die Reichsgewerkschaft in diesem Gegensatz zur freien Gewerkschaftsrichtung verharrt, kann sie nur den bürgerlichen Gewerkschaften gegenübergestellt werden, selbst wenn sich Anhänger der sozialistischen Parteien zu ihren Mitgliedern zählen.

## Die Ueberschwemmungen im Höhenkreis.

### Sprengung der Eisbarrieren.

Die eingetretene Schneeschmelze, bis an verschiedenen Stellen des Höhenkreises zu Ueberschwemmungen, Stauungen usw. geführt hatte, bedrohte auch das Kraftwerk der Firma Schickau in Groß-Bilkau erheblich. Der Maschinenraum des Wertes stand unter Wasser. Ebenso drohten die umliegenden Häuser durch die angeschwemmten Eismassen zusammenzusinken. Ein Sprengkommando der Schutzpolizei, welches feinerzeit in Gutschin die Sprengungen vornahm und jede Gefahr beseitigte, mußte auch hier eingreifen und hat zwei Tage lang unter großer Lebensgefahr vier große Eisbarrieren gesprengt. Ein Deamber stürzte ins Wasser und konnte nur mit großer Mühe vom Tode des Ertrinkens gerettet werden. Die Stauungen sind beseitigt, so daß keine Gefahr mehr besteht.

Das Gesetz über die Instandsetzung von Gebäuden, das von den Hausbesitzervereinen scharf bekämpft wird, ist vom Stiehlungsaußschuß an den Volkstag zurückgegeben worden. Es sind nur unbedeutende Änderungen erfolgt bis auf den § 2, der ganz besonders den Unwillen der Hausbesitzervereine erregte. Nach dem neuen Wortlaut des § 2 entscheidet die Baupolizei über die Notwendigkeit der Reparaturen. Der Ausschuß hat beschlossen, daß als Beschwerdeinstanz nicht der Senat gilt, sondern ein Ausschuß von Sachverständigen, der sich aus Architekten und Metern zusammensetzt. Diese werden durch die Gemeindeverwaltung gewählt.

Der frühere Gouvernementsgarten auf Langgarten macht einen mühsamer, wenig erfreulichen Eindruck. Hier wäre Gelegenheit, mit einfachen Mitteln einen Volkspark für die Niederstadt zu schaffen. Zu diesem Zweck erfolgte auch 1918 der Ankauf des Geländes. Der Kaufmann Albert Neumann spendete für den Zweck 50 000 Mk. Durch den Ausbruch des Krieges war die Schaffung der Anlage schwer möglich. Jetzt ist es an der Zeit, das Gelände im Sinne des Ankaufs auszugestalten. Bürgerliche Stadtverordnete haben deshalb zu der nächsten Stadtverordnetenversammlung folgende Anfrage an den Senat eingebracht: „Ist der Senat bereit, Auskunft zu geben, ob Aussicht vorhanden ist, daß der Gouvernementsgarten auf Langgarten endlich im Sinne des Stifters seiner Bestimmung als Volkspark angeführt wird?“

Weltkrieg und Weltfrieden. Gestern abend beendete Genosse Dr. Zint seinen Kursus über dieses Thema mit einem Vortrag über die Bedeutung und das Wesen des Pazifismus u. s. w. Er ging dabei ausführlich auf die Anschauungen des radikalen Pazifisten Miller ein, der die persönliche Selbsttötung des Krieges durch Kriegsdienstverweigerung predigt. Genosse Zint wünschte, daß die pazifistische Bewegung in immer weiteren Kreisen des Volkes Aufnahme finden möchte, damit der militärischen Agitation ein Damm entgegengesetzt wird. Zum Schluß kam er auf das Verhältnis zwischen Sozialismus und Pazifismus zu sprechen. Es sei müßig, darüber zu streiten, ob erst der Sozialismus oder der Pazifismus die Welt erobern solle. Wichtig sei vielmehr, daß Sozialismus und Pazifismus einander ergänzen. Die Aussprache über den Vortrag war sehr lebhaft. Die Kursusteilnehmer dankten dem Genossen Dr. Zint durch lebhaften Beifall für seine warmherzigen und überzeugenden Ausführungen.

Als Armen- und Waisenspieler werden vom Senat folgende Personen vorgeschlagen: Johannes Schneider, Am Stein 14, Frau Rosa Piorrek, Schönweg 10, Rektor Fuhrbrügge, Münchengasse 5.

Der Dolmetscher des Oberkommissars des Völkerbundes Reginald Pope ist heute morgen nach nur fünftägigem Krankenlager an Gehirnhautentzündung, die zu einer Grippeerkrankung hinzugekommen war, gestorben. Pope war ursprünglich als Leutnant in ein englisches Kavallerieregiment eingetreten, hatte später seinen Abschied genommen und fand während des Krieges Verwendung als Dolmetscher in der englischen Armee, wie später im Stabe des Generals Paing, als dieser die alliierten Truppen in Danzig besetzte. Seit dem 20. Januar 1921 war er in seiner jetzigen Stellung. Die Beerdigung wird voraussichtlich am Sonnabend auf dem ehemaligen Garnison-Friedhof stattfinden.

Tot aufgefunden wurde die 84 Jahre alte Frau Helene Alshutt in ihrer Wohnung, Poggensfuhr 65. Die Frau lebte von ihrem Manne getrennt und soll einen nicht einwandfreien Lebenswandel geführt haben. Die Wohnung bestand aus einem feuchten Raum in einem stallartigen Gebäude. Ein siebenjähriger Sohn war der Frau auf behördliche Anordnung genommen worden. Er besuchte die Mutter und anhierte zu den Bewohnern des Vorderhauses, die Mutter sei tot. Diese beachteten jedoch die Anwesenheit des Kindes nicht. Die Frau war seit etwa einer Woche von den Nachbarn nicht mehr gesehen worden. Als der Postbote vergeblich einen Einschreibebrief bestellen wollte, öffnete der Hausbesitzer die Wohnung und fand die Frau tot in ihrem Bette liegen. Ratten hatten bereits das Gesicht der Toten angegriffen. Anzeichen eines gewaltigen Todes liegen nicht vor. Die Leiche wurde nach dem Bleichhof gebracht.

Das Schiff im Eise. Der deutsche Dampfer „Greif“ lief am 12. Februar mit Stückgütern von Liban aus, um nach Stettin zu reisen. Bald nach der Ausfahrt bemerkte der Kapitän Zieffe, daß die Schiffschraube beschädigt worden war. Ein Flügel war ganz und ein anderer halb abgeschlagen. Die Fahrt wurde aber trotzdem fortgesetzt. Am nächsten Tage traf man an

der pommerischen Rüste große Schwierigkeiten an, durch die hindurch zu kommen Schwierigkeiten bot. Das Schiff lag eine Nacht hindurch im Eise fest. Ein Versuch, nach Stolpmünde anzulaufen, mißlang. So mußte man umkehren, um nach Danzig als Nothafen zu fahren. Am 14. lag das Schiff vor Hela wieder im Eise fest. Erst am 15. gelang die Einfahrt in den Hafen von Neufahrwasser. Die Ladung mußte gelöst werden und der Dampfer ging in die Danziger Werft zur Reparatur, die etwa 4 Wochen in Anspruch nehmen wird, auch die Außenbordeiten beschädigt sind. Der Kapitän legte in Danzig Verankerung ab.

## Unterhaltungsabend des 1. Bezirkes.

Der 1. Bezirk der Sozialdemokratischen Partei Danzig veranstaltet am nächsten Sonnabend im Lokal Maurerherberge einen Unterhaltungsabend. Die Festansprache hat Genosse Boops übernommen, der auch im weiteren Verlauf des Abends heitere Dichtungen zum Vortrag bringen wird. Ferner ist für musikalische Unterhaltung Sorge getragen. Die Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich an der Unterhaltung zu beteiligen.

## Der Arbeiterjugendbund

legt am Sonntag, den 5. März, vormittags 1/2 Uhr, im Jugendheim der Danziger Ortsgruppe, Weibengasse, die verlagte Jugendkonferenz fort. Außer der Voranahme der Vorstandswahl und der Beratung der Anträge soll über die bevorstehende Schulentlassung gesprochen werden. Die Diskussions- und Delegierten müssen vollständig erscheinen.

Reise über See Danzig—Swinemünde. Da Dampfer „Griffgott“ seine Fahrten Danzig—Swinemünde noch nicht wieder aufnehmen kann, der Norddeutsche Lloyd aber am 8. März den D. „Möwe“ von Danzig nach Bremerhaven expediert, so will der Norddeutsche Lloyd, wenn genügend Passagiere sich melden, Swinemünde durch den D. „Möwe“ anlaufen lassen. Das Anlaufen von Swinemünde kann natürlich nur stattfinden, wenn sich eine genügende Anzahl Passagiere meldet.

An Erwerbslosenunterstützungen wurde in der Woche vom 18. Februar bis 18. Februar 1922 in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emaus gezahlt 287 388,70 Mk. an 1801 Personen gegenüber 275 227,06 Mk. an 1549 Personen in der Vorwoche. — Die Aufwendungen für Erwerbslosenunterstützung in der Stadtgemeinde Danzig sind in den letzten 3 Monaten, zurückgerechnet vom 18. 2. 22, gestiegen von 488 528,70 Mk. im November/Dezember 21 auf 740 031,48 Mk. im Januar/Februar 22 oder wöchentlich von 80 684,73 Mk. im November 21 auf 200 813 Mk. in der letzt-gemeldeten Woche.

Die Zigarettenmaschinen der Firma „Hellas“ (Nasmabi) befinden sich wegen Differenzen im Streik. Der Vertrieb ist für Zigarettenmaschinen gesperrt und wird um strikte Solidarität ersucht.

Der Kinder-Märchenabend, veranstaltet von der Frauenkommission, verlief auch gestern wieder zur allgemeinen Zufriedenheit. Außer Märchen gelangte für die älteren Kinder eine Messe auf der blauen Donau zur Vorführung. Lichtbilder-Mästel schlossen mit Sang und Klang den schönen Abend. Heute, Freitag: Dunter Abend. Anfang 5 Uhr in der Aula der Schule Heilige Geistgasse 111.

## Verksammlungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig. Freitag, den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Hiltzschule, Heilige Geistgasse 111, eine Vertrauensmänner-Versammlung

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sonnabend, den 4. März, abends 6 1/2 Uhr im Lokal Steppuhn, Schidlitz: Versammlung der organisierten Holzarbeiter aller Gewerkschaftsrichtungen der Privatbetriebe. Tagesordnung: 1. Bericht über den bisherigen Verlauf des Streiks und über die stattgehabten Verhandlungen. 2. Beschlußfassung über weitere Maßnahmen.

## Standesamt vom 3. März 1922.

Todesfälle. S. d. Schlossers Ritter Kops, 7 Mon. — Besizer Hermann Rander, fast 59 J. — S. d. Wäckerl. Hermann Buhkass, 2 J. 7 Mon. — Kutischer Bernhard Rajewicz, 34 J. 7 Mon. — T. d. Wäckerl. Leo Minski, 3 Mon. — Frau Martha Wotter geb. Schick, 39 J. 6 Mon. — Arb. Erich Pöversch, fast 27 J. — Witwe Anna Peters geb. Alex, 23 J. 1 Monat.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	5,75—80	am Vorlage	5,75
Amer. Dollar :	240—41	"	233
Englisches Pfund:	1075	"	1050

## BOEG



## Wasserstandsrichten am 3. März 1922.

	1.3.	3.3.	Kurzbrack	+1,62	+1,88
Zowitshof	+2,60	+3,-	Montanerspiße	+0,96	+1,24
	1.3.	3.3.	Dieckel	+0,98	+1,30
Warkjau	+2,32	+4,10	Dirschau	+0,86	+1,14
	1.3.	3.3.	Einlage	+2,16	+2,32
Ploek	+2,-	+3,50	Schlewenhorst	+2,34	+2,56
	2.3.	3.3.	Hogat:		
Thorn	+2,34	+2,58	Schönau D. P.	+6,62	+6,50
Fordon	+1,88	+1,90	Balgend O. P.	+4,70	+4,64
Culm	+1,80	+3,60	Neuhorsterbusch	+2,02	
Grandenz	+1,54	+2,54	Anwachs	+1,23	+1,28

Verantwortlich für Politik Ernst Boops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

# Stadtheater Danzig.

Direktor: Rudolf Schaper.  
 Danzig, Spring, am 2. März, abends 7 Uhr:  
 Deutschland D 2.  
**Der Freispruch**  
 Dramatische Dichtung von Fritz Drees.  
 Die Szene spielt von Oberstleutnant Hermann Herz.  
 Personen wie bekannt. Gabe 600. 031. 375.  
 Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
 Montag, mittwochs 11 Uhr. 11. (Hinterbühne)  
 Morgenfeier. Dr. Ludwig Fulda: Das eigene  
 Schicksal.  
 Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine  
 Gültigkeit. Zum ersten Male. Das Gefährliche.  
 Schiller. Aufführung in drei Akten.

# Wilhelm-Theater

verleiht mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Hermann  
 Sonntag, den 2. März,  
 abends 7 1/2 Uhr  
 Kassenöffnung 6 Uhr  
**„Faschingshochzeit“**  
 Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
 Montag, den 3. März:  
**„Faschingshochzeit“**  
 Verkauft in Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlmarkt  
 von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
 an der Theaterkasse. (6183)

# „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

# Reichshof-Palast

Bestes vornehmstes Weinhaus u. eleganteste Bar  
 Täglich nachmittags und abends  
**Das große Kunstereignis**  
 Persönliches Auftreten  
**Mary Zimmermann / Hans Gerard**  
 das Meisterpaar der Tanzwelt vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg  
**Täglich neue Tanzschöpfungen.**  
 Ballorchester Kapellmeister Weisz.

**Volkshörspiele**  
 Sonntag, abends 7 Uhr.  
 Die große Sünde  
 von Hermann Sudermann.  
 Sonntag, abends 7 Uhr.  
 Die große Sünde  
 von Hermann Sudermann.  
 Sonntag, abends 7 Uhr.  
 Die große Sünde  
 von Hermann Sudermann.

**Warum**  
 Ich Horren- Jünglinge- und Ehepaars-  
 Anzüge enorm billig verändere?  
**Denn**  
 Ich habe sämtliche Waren fränklich ohne Zoll  
 eingekauft.  
**Weinon**  
 muß man vor Freude über die billigen  
 Preise in Gebroch-Anzügen, Herrenhemden  
 gestreift, schwarz, blau, Manchester, engl. Leder.  
**Wenn**  
 Sie Anzüge nach Maß bei mir bestellen, er-  
 halten Sie Garantie für guten Sitz  
 zu staunend billigen Preisen.  
**Man**  
 muß unbedingt, ohne Kaufzwang, mein  
 Lager besichtigen.  
**Auseinander geht**  
 man mit dem Bewußtsein, daß  
**Stein's** Gelegenheitskäufe  
 Häkergasse 21 pt.  
 die billigste und beste Einkaufsquelle ist.  
 Kein Personal. Kleine Unkosten.



# Fridericus Rex

Ein Königschicksal in zwei Teilen.  
 In jeder Vorstellung  
 Vorführung beider Teile!  
 Vorverkauf täglich v. 11 - 2 Uhr  
**Verdärktes Hausorchester**  
 Erhöhte Eintrittspreise!  
 Vorführung:  
 4 - 6 1/4 - 8 1/2 Uhr.  
 Kassenöffnung 1 Stunde vor Beginn  
 Während der Vorstellung kein Einlaß  
 Der Film: „Fridericus Rex“  
 hat in Berlin seit Wochen die größten  
 Erfolge, die bisher ein Film erzielt  
 hat. Der Ausdruck zu den Vor-  
 führungen war so stark, daß das  
 Publikum am Abend vor dem Theater  
 von Händlern, die an den Vormit-  
 tagen Eintrittskarten im Vorverkauf  
 erhalten haben, mit hohen Auf-  
 schlägen Karten kaufte, um überhaupt  
 in das Theater hineinzukommen.

# Zentral-Theater

Langezeitige Fernrechner Kasse  
 Ab Freitag 1/4 4 Uhr:  
 Die neue große Film-Operette  
**Rheinzauber!**  
 Ein herrliches Stimmungsbild  
 24 Gesangsbelegungen, u. a.:  
 Sei gegrüßt du mein schönes Sorrent - Gute  
 Nacht mein holdes süßes Mädchen - Fasch-  
 walzer - Sündenböckchen - Weiserlied - Mattheus  
 - Letzte Rose - Müß ich denn - Wohlstand noch  
 gekrönt - Ich weiß nicht, was soll es be-  
 deuten - Italienisches Gondel-Lied usw.  
 Ferner:  
**Die kleine Modistin!**  
 Komödie in 4 Akten mit Ica von Lenkffy  
 Die Gesänge werden ausgeführt von  
 den Berliner Opernkraften: Herrn  
 Tenor **Willi Behre**, Fri. **Lissy Marion**  
 Wir bitten um den Besuch der  
**4-Uhr-Vorstellung!** (6215)

# Metropol-

Lichtspiele  
**Dominikswall 12.**  
 Keine Tricks, nur wirkliche Leistungen  
 bringt **Eddie Pola**  
 der amerikanische **Harry Piel** in seinem  
**Riesen-Werk**  
**Der geheimnisvolle Dolch!!**  
 (Eine Jagd am den Erdball)  
 Inhalt des II. Teils - 6 Akte:  
 4. Episode: Auf den Spuren des Dolches.  
 5. Episode: Das Ende der Viehräuber.  
 6. Episode: Ein schrecklicher Unglücksfall.  
 Ferner:  
**Die große Sünden-Tragödie**  
**Frauen** (6013)  
 6 hochdramatische Akte mit **Greta Landt**  
 und **Ludw. Trautmann**.  
**Bestgewählte gediegene Musik**  
 4 - 6 - 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Stein's** Gelegenheitskäufe  
 Häkergasse 21 pt.  
 die billigste und beste Einkaufsquelle ist.  
 Kein Personal. Kleine Unkosten.

**Ueber proletarische Ethik**  
 Das proletarische Schollen vom Stand-  
 punkt der realistischen Philosophie.  
**Preis Mark 2.-**  
**Buchhandlung „Volkswacht“**  
 Spandhaus Nr. 6. - Paradiesgasse Nr. 22.

Postkarte genügt  
 mit Angabe des Fabrikats und Schiffchens.  
**Kaufe jede Nähmaschine**  
**Fenselau & Co., Peterfilienstraße 9.**

**Kleine Anzeigen**  
 in unserer Zeitung sind  
 billig und erfolgreich.

**Jetzt ist es Zeit**  
 Kindern  
**echte Lebertranemulsion**  
 zu geben. Lebertran ist ein be-  
 währtes Kräftigungsmittel, das  
 blutreinigend wirkt und großen  
 Nährwert besitzt. Ferner empfehle  
 zur Kräftigung  
**Malzextrakt, Sanatogen, Pepsinwein**  
 u. s. w. 5833  
**Drogerie am Dominikanerplatz**  
**Bruno Fasel**  
 Junkergasse Nr. 12, an der Markthalle.

# Saison- Eröffnungs-Verkauf!

Um meiner werten Kundschaft eine Möglichkeit zu geben, den Bedarf für  
 Frühjahr und Sommer noch zu den denkbar günstigsten Preisen zu  
 decken, habe ich mich entschlossen, während dieser Veranstaltung alle vor Ein-  
 treten der hohen Zölle erworbenen Waren nur aus den bekannt guten  
 Qualitäten zum Verkauf zu bringen.  
**Versäumen Sie nicht**, von diesem voraussichtlich nie wieder-  
 kehrenden Angebot Gebrauch zu machen, da die Preise in absehbarer Zeit  
 fast unerschwinglich werden.

Einige Beispiele: 6210

Blusen	aus Wasch- und Wollstoffen, Voll-Voile und Seide . . . . .	275.00, 195.00, 59.00,	32 <sup>75</sup>
Röcke	reichliche Knopfgarnierung, sehr geschmackvolle Macharten . . . . .	425.00, 165.00, 95.00,	68 <sup>00</sup>
Kleider	aus Batist, festen Hausstoffen, blau Cheviot mit plissiertem Rock u. reichlicher Stickerei . . . . .	750.00, 475.00, 190.00,	95 <sup>00</sup>
Mäntel	aus karierten, leichten Stoffen, Flausch u. Tuch, in den mod. Farben u. Macharten . . . . .	1050.00, 925.00, 895.00,	295 <sup>00</sup>
Kostüme	lange Jacke, nettes Muster . . . . .		225 <sup>00</sup>
Damenstrümpfe	schwarz und farbig . . . . .	von	12 <sup>50</sup> an
Socken	fest Qualitäten . . . . .	von	9 <sup>50</sup> an
Damenhandschuhe	gestrickt . . . . .		12 <sup>50</sup>

Ferner bringe ich:  
**Schürzen, Kinderstrümpfe, Kindersöckchen,  
 Einsatzhemden, Normalhemden, Kurzwaren.**  
 Mengenabgabe vorbehalten.

# Berliner Kaufhaus

Fleischergasse Nr. 88.

**Neuerkennung:**  
**Der Frauen Hausichak**  
 Jahrbuch für Arbeiterfrauen u. Töchter  
 Herausgegeben von  
**Wilhelmine Köhler.**  
 Preis 8 Mark.  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Zum Handel  
um die Schule!**  
**Das  
Schulprogramm  
der  
Sozialdemokratie**  
 von **NICH. LOHMANN**  
 Ein prakt. Handbuch für  
 Eltern, Lehrer und Er-  
 zieher, in dem nicht nur  
 die Forderungen der  
 Sozialdemokratie zu-  
 sammengefaßt sind,  
 sondern auch die näch-  
 sten Möglichkeiten zur  
 (Schul)verwirklichung  
 des Zieles dargelegt  
 werden.  
 Preis Mark 6.30  
**Buchhandlung  
„Volkswacht“**  
 Am Spandhaus 6 und  
 Paradiesgasse 32.

**Heute**  
 kaufen Sie bei mir sehr  
 vorteilhaft, da die Waren  
 noch unverzollt sind.  
 Sprunghaft über  
**Nacht**  
 erhöhen sich die Preise.  
 Sie sollten deshalb nicht  
 länger warten. Ich  
**hab**  
 eine sehr große Auswahl  
 in Haarschmuck, Zöpfen,  
 Tressen usw. Zum Beweis  
 meiner Preiswürdigkeit  
 führe  
**Ich**  
 an, daß z. B. 1a Hauben-  
 netze aus Haar nur M. 5.00  
 bei mir kosten Ob  
**Marie**  
 oder gnädige Frau, bei  
 niemandem ist eine ordent-  
 liche Frisur ohne Haarnetz  
 denkbar. Wenn Sie sich  
**nach**  
 heutiger Mode kleiden, so  
 müssen Sie auch Ihre Fri-  
 sur damit in Einklang  
 bringen, ob in  
**Haar**  
 Konzert, Gesellschaft. Ich  
 empfehle Ihnen daher,  
 meine ondulierten Teile und  
 Doppelnetze, sie sind  
 schick, modern und billig.  
 Es ist das Praktischste,  
 das bisher  
**gebracht**  
 wurde. (6210)  
**Robert Kieffeld**  
 Haarhandlung, Breitgasse 6

**Gedania-Theater**  
 Schönefeldamm 58/55  
**Achtung! Nur 4 Tage! 3 Schlager!**  
 Der gelbe italienische Monumental-Film  
**Die goldene Canaille!**  
 I. Teil: Die beiden Frauen des Grafen Nancy  
 6 inhaltsreiche gewaltige Akte. 6214  
**Die Schrecken des weißen Hauses!**  
 Sensations-Drama in 5 Akten.  
**„Nobody“ 22. Abenteuer:**  
 Die seltsame Geschichte des Edward Seck.

**Hüte**  
 für Damen und Herren  
 werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten  
 Formen bei sorgfältigster Ausführung in  
 kürzester Zeit  
**umgepreßt,**  
 gewaschen und gefärbt.  
**Stroh- und Filzhut-Fabrik**  
**Hut-Bazar zum Strauß**  
 Annahmestelle  
 nur Lawendgasse Nr. 6-7,  
 (gegenüber der Markthalle). (612)